

Die Menschenwürde verteidigen

Katholische Frauenbewegung Österreichs zu den Debatten um Sexismus und die Verstrickung von PolitikerInnen in rechtsextreme Kreise

[Wien, 15. November 2017, PA] Einen Appell zur Verteidigung der Menschenwürde richtet die Katholische Frauenbewegung Österreichs an Politik und Zivilgesellschaft vor dem Hintergrund laufender öffentlicher Debatten um Sexismus und sexualisierte Übergriffe auf Frauen einerseits und die Verstrickung von PolitikerInnen in rechtsextreme Kreise andererseits: „Zur Debatte steht die Menschenwürde“, so Veronika Pernsteiner, Vorsitzende der Katholischen Frauenbewegung Österreich, „die Menschenwürde von Frauen, die ein Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Übergriffen jeder Art haben, die Menschenwürde von Menschen, die nicht aus Österreich stammen oder etwa religiösen Minderheiten angehören“. Die Vorsitzende der kfbö erteilt damit jeglichen frauenfeindlichen, rassistischen oder gar antisemitischen Haltungen, Äußerungen und Handlungen eine Absage. Alarmierend sei vor allem, wenn derartige Haltungen, Äußerungen oder Handlungen auf Ebene politischer RepräsentantInnen wahrzunehmen seien, die als demokratisch legitimierte AkteurInnen ein auf den Menschenrechten ruhendes Verständnis von Demokratie zu vertreten und umzusetzen hätten. „Wir rufen auf zu Integrität, Wachsamkeit und Verantwortung“, so Pernsteiner im Blick auf die politische Kultur im Allgemeinen und die laufenden Regierungsverhandlungen im Besonderen.

„Unser Appell zum Einsatz für die Menschenwürde entspringt der Wahrnehmung, dass derzeit in der österreichischen Öffentlichkeit wesentliche Debatten mit sehr unterschiedlicher Gewichtung nebeneinander her laufen, die tatsächlich zusammengeschaut und mit entsprechender Gewichtung geführt werden müssen“, so Pernsteiner. So sei, zumal sexualisierten, Übergriffen auf Frauen und dem dahinter stehenden Machtmissbrauch entschieden entgegenzutreten, es sei dieser Machtmissbrauch offenzulegen, öffentlich zu besprechen und zu sanktionieren, um damit u.a. eine klassische Täter-Opfer-Umkehr zu verhindern bzw. fortzuschreiben. Gleichzeitig gelte es aber auch, gegen offen propagierte Frauenbilder politischer Gruppen und Parteien aufzutreten, die etwa eine Gleichberechtigung von Frauen und Männern infrage stellen oder gar ablehnen bzw. Frauen herabwürdigen: „Eine der beiden Parteien, die derzeit in Regierungsverhandlungen stehen, spricht sich in ihrem Wahlprogramm gegen eine ‚Gleichmacherei von Mann und Frau‘ aus“, so Veronika Pernsteiner, die auch an Aussagen eines Nationalratsmitglieds der betreffenden Partei erinnert haben möchte, die dieses in seinem 2013 veröffentlichten Buch „Für ein freies Österreich“ getroffen habe: „Der vom Thron des Familienoberhaupts gestoßene Mann sehnt sich unverändert nach einer Partnerin, die trotz hipper den-Mädels-gehört-die-Welt-Journale in häuslichen Kategorien zu denken imstande ist, deren Brutpflegetrieb auferlegte Selbstverwirklichungsambitionen überragt“, heiße es dort, oder: „Wie immer sie geartet sein mag, verliert jede Organisation, in den Augen sowohl männlicher als auch weiblicher Betrachter, an Ansehen, je höher der Frauenanteil ist und je bedeutender die von Frauen bekleideten Funktionen sind“. Gendermainstreaming, das von der EU befürwortete Prinzip, dass bei Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen die Gleichstellung der Geschlechter gefördert werden soll, werde im Parteiprogramm der betreffenden Partei offen abgelehnt, erinnert Pernsteiner weiter, der strafrechtlich relevante „Po-Grapsch-Paragraph“, der Männer und Frauen vor ungewollten Berührungen bewahren soll, sei gegen die Stimmen dieser Partei beschlossen worden.

Pernsteiner sieht sich mit diesen Hinweisen einer „Erinnerungskultur“ verpflichtet, die es immer schon zu pflegen gelte. Sie gibt daher auch Aussagen und Haltungen jener Nationalratsabgeordneten zu bedenken, die für die bereits angesprochene Partei gegenwärtig die Regierungsverhandlungen mit koordiniert und 2011 in ihrem Buch „Wir sind Familie“ das Bild der „klassischen Familie“, bestehend aus arbeitendem Mann einerseits und „Hausfrau/Mutter“ andererseits, beschwört. „Vor allem aber möchte ich ins Gedächtnis von Öffentlichkeit und politisch Verantwortlichen die unverhohlene Nähe dieser Nationalratsabgeordneten zu rechtsextremen Kreisen heben“, so Veronika Pernsteiner. Pernsteiner erinnert an Beiträge der Politikerin in der rechtsextremen Zeitschrift „Aula“, an ihre Zugehörigkeit zu den deutschnationalen Mädelschaften „pm! Sigrid zu Wien“ und „Iduna zu Linz“, letztere in einem

Linzer Vierkanthof beheimatet, der auch Sitz des Rechtsaußen-Magazins „Info-Direkt“ ist, das wiederum laut Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands „Spuren in das organisatorische Zentrum“ rechtsextremer Bewegungen in Oberösterreich aufweist.

Diese offen zutage liegende Verstrickung einer - zumal auf hoher Ebene - politisch verantwortlichen Person in „neonazinahe“ Kreise sei auch anderweitig in den Reihen der betreffenden Partei anzutreffen, so Pernsteiner unter Verweis auf jüngste Recherchen der NGO „SOS Mitmensch“. Diese Verquickung sei aufs Schärfste zu verurteilen. In einer Pressekonferenz hat „SOS Mitmensch“ am 24. Oktober eine Broschüre der Öffentlichkeit vorgestellt, in der ein „System gegenseitiger Förderung“ der Führung der betreffenden Partei „und neonazinahen Kreisen“, insbesondere über die rechtsextreme Zeitschrift „Aula“, beschrieben wird und „Antisemitismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit“ dieses Systems angeprangert werden. 2014 war in der „Aula“ unter anderem ein Artikel zur 75-Jahr-Feier des „Mutterkreuzes“ erschienen, das Adolf Hitler zur Ehre kinderreicher Mütter initiiert hatte. „Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen in dieser Republik, sich mit diesen Fakten zu konfrontieren und, orientiert an Menschenwürde und Menschenrechten, die entsprechenden Schlüsse daraus zu ziehen“, so Veronika Pernsteiner. Mitinitiatoren der Pressekonferenz von SOS Mitmensch waren der Autor Hans-Henning Scharsach und das Mauthausen Komitee Österreich, zu dessen Vorstandschaft Ruth Steiner, ehemalige Generalsekretärin der Katholischen Aktion Österreichs und geborene Jüdin, gehört.

Die Katholische Frauenbewegung Österreichs weiß sich mit dieser Wortmeldung dem Verständnis einer politischen Theologie im Sinne der Theologin Dorothee Sölle sowie grundsätzlichen Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils verpflichtet, das die Würde der menschlichen Person und den gerechten Aufbau der menschlichen Gesellschaft ins Zentrum der Pastoral rückt, den Auftrag erteilt, „kraft des ihr anvertrauten Evangeliums die Menschenrechte zu verkünden (Gaudium et Spes 41)“, wie die Theologin Monika Tremel, Leiterin der Katholischen Hochschulgemeinde Nürnberg und Sölle-Expertin, schreibt. Die Meinung, Religion sei Sache der Kirche und Politik Sache des Staates, sei „auf dem Boden der Theologie des Konzils nicht haltbar... Die Kirche ist vielmehr herausgefordert, jener politischen Linie treu zu sein, die ihr das Evangelium, genauer gesagt die Politik des Reiches Gottes weist. Sie ist aufgerufen... zu zeigen, was wirklich gerechte Politik ist: die absolute Liebe zum Menschen und ein unbedingtes Festhalten an seiner Würde.“ Dorothee Sölle, auf deren Spuren die Katholische Frauenbewegung im Sommer diesen Jahres eine Reise nach Köln unternommen hat, habe dieses politische Handeln im Sinne der Verwirklichung des Reiches Gottes vorgelebt, überzeugt, „dass sich Kirche und Theologie nach Auschwitz nicht mehr auf den rein spirituell-theologischen Bereich beschränken können“, so Veronika Pernsteiner mit Monika Tremel.

Hinweis: Am heutigen Mittwoch, 15.11. 2017, lädt SOS-Mitmensch gemeinsam mit dem Mauthausen Komitee Österreich, der Young Caritas der Erzdiözese Wien, #aufstehen, den Jüdischen österreichischen HochschülerInnen und anderen um 18.30 Uhr zu einer Lichterkette am Wiener Ballhausplatz unter dem Motto „Unsere Ministerien nicht in die Hände von Rechtsextremen“.

Rückfragen bei:
Mag.a Elisabeth Ohnemus
Pressereferentin
Katholische Frauenbewegung Österreichs
Spiegelgasse 3/2/7 · 1010 Wien
Tel: +43.(0)1.51552-3109 · Fax: -3764
Mobil: +43.(0)664.3218936

elisabeth.ohnemus@kfb.at
www.kfb.at; www.teilen.at
www.facebook.com/KatholischeFrauenbewegungOesterreichs
ZVR-Zahl: 743627551

[Abmelden vom kfb-Presserverteiler](#) [Impressum](#)